

Tiger oder Bettvorleger?

Warum die vorläufigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen 2026 kein Grund zur Entwarnung und gewerkschaftliche Emanzipationsperspektiven in der Krise sind

Von Andreas Buderus

Es beginnt selten mit einem Paukenschlag. Eher mit einem schiefen Satz in der Pause, einer beiläufigen Bemerkung über »die da oben« – gemeint ist längst nicht mehr nur das Management, sondern auch der von vielen Kolleginnen und Kollegen als »weit weg« und »abgehoben« erlebte Betriebsrat – und einem Schulterzucken: »Bringt doch eh nichts.« Solche Sätze markieren eine Stimmung, die sich in vielen Betrieben ausbreitet, langsam, widersprüchlich, aber wirksam. In diesem Zwischenraum aus Unzufriedenheit und politischer Deutung haben sich rechte Akteure festgesetzt.¹

Blickt man auf die Betriebsratswahlen 2026, könnte man geneigt sein, Entwarnung zu geben. Es heißt, AfD-nahe Listen und die Pseudogewerkschaft »Zentrum« blieben hinter ihren selbst gesetzten Zielen zurück, die Mitgliedsorganisationen des DGB dominieren weiterhin die Gremien.² Die IG Metall konstatiert: »Rechte Listen spielen kaum eine Rolle.« Und deren Vorsitzende Christiane Benner ergänzt: »Wenn wenige Prozent Stimmenanteil an andere Listen gehen, ist das zwar für uns bedauerlich, aber kein Weltuntergang.«³

Doch Vorsicht vor solch vorschneller Entwarnung. Die Betriebsratswahlen 2026 sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Textes noch nicht abgeschlossen; gewählt wird vielerorts noch bis Ende Mai. Eine Auswertung ist deshalb bislang nur schlaglichtartig möglich. Selbst dort, wo erste Zahlen vorliegen, greift die reine Mandatsarithmetik zu kurz.

»Wir stellen fest: Die Rechten sind in unseren Betrieben als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet«, erklärte Christiane Benner am Abend des [1. Mai im »Heute-Journal« des ZDF](#). Tatsächlich verweist der bisherige Zwischenstand auf eine weiterhin dominante Stellung der Mitgliedsorganisationen des DGB. Nach Angaben der IG Metall waren bis Anfang Mai in 120 Betrieben mit rund 50.000 Beschäftigten Betriebsratswahlen abgeschlossen; von 877 vergebenen Mandaten entfielen 760 auf Kandidierende der IG Metall – rund 77 Prozent. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal die Hälfte aller zu erwartenden Mandate ausgezählt.⁴ Gleichzeitig fehlt bislang auch eine systematische Auswertung der Verdi-Bereiche – insbesondere des der Pflege, in der sich ein Ableger des »Zentrums« in den vergangenen Jahren auf lokaler Ebene ausbreiten konnte.⁵

Doch die entscheidende Frage lautet ohnehin nicht allein, wie viele Mandate explizit rechte Listen bei den Betriebsratswahlen erringen. Entscheidend ist, wie tief autoritäre, nationalistische und »betriebsgemeinschaftliche« Deutungsmuster längst in den betrieblichen Alltag eingesickert sind – auch dort, wo rechte Listen organisatorisch schwach bleiben. Gerade darin liegt die eigentliche Gefahr: Die Hegemonie der Rechten entsteht nicht erst dort, wo sie Mehrheiten organisiert, sondern bereits da, wo ihre Sprache, ihre Denkweisen und ihre Feindbilder als »normal« gelten. Spätestens seit dem Abschlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus aus dem Jahr 2000 kann niemand ernsthaft behaupten, Gewerkschaften seien gegen solche Entwicklungen immun. Dort hieß es bereits damals unmissverständlich, Gewerkschaften existierten »nicht im luftleeren Raum«; xenophobe und rassistische Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern spiegelten vielmehr gesellschaftliche Entwicklungen wider.⁶

Die Kräfte verschoben sich

Pünktlich zum Jahrestag der Kapitulation des faschistischen Deutschlands vermeldete der [ARD-Deutschlandtrend am Vorabend des 8. Mai bei seiner Umfrage](#) erstmals die AfD mit 27 Prozent drei Prozentpunkte vor der CDU/CSU und weit vor der mit zwölf Prozent dahinsiechenden SPD. Zugleich schickt sie sich an, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern mit aktuellen Zustimmungswerten von rund 36 Prozent und in Sachsen-Anhalt jenseits der 40 Prozent zur dominierenden politischen Kraft zu werden.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Betriebsratswahlen 2026 zeigen deshalb vor allem eines: Der ausgebliebene organisatorische Durchbruch rechter Listen ist keineswegs gleichbedeutend mit politischer Stabilität in den Betrieben. Solidarität endet häufig am Werkstor. »Kollektive Handlungsfähigkeit übersetzt sich nicht automatisch in politische Orientierung. Wer im Betrieb stark ist, organisiert nicht automatisch außerbetriebliche politische Hegemonie. Ohne politische Deutung bleibt auch erfolgreiche Interessenvertretung gesellschaftlich begrenzt.«⁷

Selbst dort, wo gewerkschaftliche Dominanz ungebrochen scheint, entstehen Risse. Bei VW in Braunschweig zog »Zentrum« erstmals mit zwei Mandaten (6,5 Prozent) in den Betriebsrat ein. In Zwickau (11,5 Prozent) und Chemnitz (24 Prozent) stabilisierte das von der AfD unterstützte »Bündnis freier Betriebsräte« (BfB) seine Ergebnisse und erhielt je vier Betriebsratsmandate.⁸ Bei BMW Leipzig verlor die IG Metall neun Sitze und hält nur noch 19 von 35 Mandaten, während »oppositionelle Listen« – teils mit IGM-Mitgliedern – teilweise erhebliche Zugewinne verzeichnen, darunter die vom »Zentrum« unterstützte »IG Beruf und Familie« um den im Umfeld der rechtsextremen »Freien Sachsen« aktiven Frank Neufert.⁹

Auch in anderen Hochburgen der IG Metall verschiebt sich das Kräftefeld. Im Mercedes-Werk Untertürkheim kommt »Zentrum« auf 21 Prozent (9 von 43 Sitzen), die IG Metall fällt auf 72 Prozent – 2022 lag das Verhältnis IG Metall zu »Zentrum« noch bei 78 Prozent zu 16 Prozent. Das ist (noch) nicht der angestrebte »Machtwechsel«, aber die Dominanz der DGB-Organisationen wird brüchiger.¹⁰

Selbst dort, wo rechte Listen von einem »Machtwechsel« noch weit entfernt sind, zeigt sich eine bemerkenswerte Entwicklung: Sie treten mittlerweile mit teilweise Dutzenden Kandidatinnen und Kandidaten an, betreiben offensiv Wahlkampf, erhalten öffentliche Aufmerksamkeit, stabilisieren oder erweitern ihre Verankerung im Werk – gerade in Großbetrieben, in denen die Vertretungsgremien der Lohnabhängigen traditionell stark von der IG Metall geprägt sind.

Die Bennersche Bewertung der rechten Kräfte als Bettvorleger greift deshalb zu kurz. Die einseitige Betonung der überwiegenden institutionellen Stabilität der DGB-Listen ist eine voreilige Entwarnung – ohne Berücksichtigung zunehmender gesellschaftlicher Hegemoniefähigkeit rechter Akteure, deren Wirkmacht bis tief hinein in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften reicht. Sie übersieht, dass sich die autoritäre Formierung der Gesellschaft längst tief in die Betriebe und die gewerkschaftlichen Strukturen hineingefressen hat.

Der Soziologe Klaus Dörre beschrieb 2018 in einer Studie als Ursachen hierfür materielle Unsicherheit und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung – eine empfundene »Entehrung«. Diese Probleme nutzt die Rechte, um die soziale Frage nationalistisch umzudeuten.¹¹ Der auch in dieser Betriebsratswahl ausgebliebene »Durchbruch« rechter Listen ist deshalb kein Entwarnungssignal bezüglich der gesellschaftlichen Stimmung, denn längst findet ein autoritärer Normalisierungsprozess statt.

Normalisierung statt Durchbruch

Die Verschiebung zeigt sich weniger in Mandaten als in Präsenz. Rechte Akteure treten offen in immer mehr Betrieben an, stellen mehr Kandidatinnen und Kandidaten und stabilisieren ihre Ergebnisse. In einzelnen Betrieben erreichen sie über 20 Prozent. Das ist kein Durchbruch – aber Normalisierung ihre Auftretens. Dabei wirkt die Fragmentierung durch parallele Kandidaturen mehrerer rechter und rechtsoffener Listen wie beispielsweise bei BMW in Leipzig nicht als Schwäche, sondern als Ausweitung: »Zentrum«, Christliche Gewerkschaft Metall (CGM), Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) und andere sprechen unterschiedliche Milieus an und besetzen verschiedene Konfliktfelder.

Parallel dazu verändert sich das Verhältnis vieler Beschäftigter zu ihren Interessenvertretungen. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung ist hierfür ein Schlüsselindikator: Lag sie noch in den 1980ern oft über 80 Prozent, betrug sie 2022 nur noch rund 70 Prozent¹² und 2026 in vielen Betrieben deutlich unter 60 Prozent. In Großbetrieben – den gewerkschaftlichen Kernen – liegt sie aktuell oft bereits unter 50 Prozent.¹³ Etwa 33 Prozent oder mehr der Wahlberechtigten beteiligen sich nicht. Diese Nichtwahl ist sozial selektiv – und politisch hoch relevant. Denn die Wahlerfolge der AfD außerhalb der Betriebe beruhen wesentlich auf der Mobilisierung ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler.¹⁴

Die Verschiebung beginnt dort, wo Vertrauen verlorenggeht – gesamtgesellschaftlich und im Betrieb. Dörre zeigte: Autoritäre Einstellungen existieren quer zu den institutionellen Strukturen – auch innerhalb gewerkschaftlicher Zusammenhänge. Die Dominanz von DGB-Listen allein sagt

daher wenig darüber aus, ob sich rechte Positionen verbreiten. Vieles spricht für einen »widersprüchlichen Alltagsverstand«: Dieselbe Person kann im Betrieb für die IG Metall kandidieren und diese wählen und außerhalb mit voller Überzeugung die AfD oder die »Freien Sachsen« oder gar deren Aktivist sein.¹⁵ Die Rechten beschreiben diese Entwicklung nüchtern: »Die IG Metall bleibt zwar dominante Kraft«, heißt es im *Compact*-Magazin (14.3.2026), »doch die Monopolstellung wackelt längst.« Diese »Ja, aber«-Logik trifft den Punkt: Nicht die Mehrheiten verschieben sich – sondern die Deutungshoheit.

Und sie trifft auf eine gewerkschaftliche Praxis, die innerbetrieblich oft nicht mehr als kollektive Selbstermächtigung erfahren wird, sondern als paternalistische Stellvertretung mit begrenzter Durchsetzungskraft. Die eigentliche Gefahr beginnt deshalb nicht erst dort, wo erkennbare und sich bekennende rechte Listen Mehrheiten erringen. Sie beginnt dort, wo autoritäre und »betriebsgemeinschaftliche« Denkweisen längst innerhalb der gesellschaftlichen Normalität angekommen sind – auch innerhalb der Gewerkschaften und Betriebsräte selbst.

Längst nicht entschieden

Das Bennersche Diktum aufgreifend könnte abschließend die nur auf den ersten Blick ketzerisch anmutende Frage gestellt werden, warum ein von Arbeitsplatzverlust bedrohter Beschäftigter überhaupt »Zentrum« wählen sollte, wenn Vertreter der Gewerkschaftsapparate selbst längst tief in nationalistischem und zunehmend militaristisch formiertem Standortdenken gefangen sind. Gerade bei VW zeigte sich in den vergangenen Jahren exemplarisch, wie weit sich betriebliche Mitbestimmung von einer solidarischen Gegenmachtoption entfernen kann. Trotz offensichtlicher Tarifbrüche und heftiger Angriffe auf Beschäftigte klammern sich Betriebsräte und Gewerkschaftsspitzen an die Ideologie der »nationalen Wettbewerbsfähigkeit«, verteidigen den »Standort Deutschland« und geraten bis hinein in Debatten um militärische Konversion in eine Politik der »Betriebsgemeinschaft«, die den Rechten das ideologische Feld oft bereits bestellt. Das ist keine Alternative zur autoritären Formierung. Es ist längst Teil von ihr.¹⁶

Gerade deshalb greift auch jede historische Selbstberuhigung zu kurz. Die Geschichte der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung ab 1933 zeigt, dass organisatorische und institutionelle Stärke allein keinen Schutz gegen autoritäre Entwicklungen bieten. Obwohl bereits seit Anfang 1933 Gewerkschaftshäuser von der SA angegriffen wurden und die Nazis nach der Machtübertragung vom 30. Januar 1933 den Staatsapparat bereits weitgehend kontrollierten, erzielten die Listen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1933 keineswegs einen Triumph, sondern erlitten eine deutliche Niederlage gegenüber den freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten und die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Dennoch hielt die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) bis zuletzt an einer Strategie der »Legalität«, Anpassung und institutionellen Selbstberuhigung fest. Noch am 21. März 1933 erklärte der Vorsitzende des ADGB gegenüber Hitler: »Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken.«¹⁷ Am 1. Mai traten hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre mit Nazigrößen auf den 1.-Mai-Kundgebungen gemeinsam als Redner auf. Am 2.

Mai erfolgte dann die vorab geplante gewaltsame Gleichschaltung mit der Übernahme der Gewerkschaftshäuser.

Die bis heute in Gewerkschaftskreisen vielfach noch gepflegte Erzählung vom »Sturm auf die Gewerkschaftshäuser« ist aber mindestens problematisch. Es wäre zwar historisch falsch zu behaupten, es habe am 2. Mai 1933 keinerlei Widerstand gegeben. In einzelnen Städten und Betrieben versuchten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durchaus, sich den Übergriffen zu widersetzen; zahlreiche Funktionäre wurden verhaftet, in »Schutzhaft« genommen, misshandelt, gefoltert oder ermordet.¹⁸ Doch gerade die reale Existenz dieses begrenzten Widerstands macht die politische Niederlage der Gewerkschaften um so sichtbarer. Denn vielerorts wurden Gewerkschaftshäuser eben nicht im Sinne späterer Legenden von der SA »gestürmt«, sondern vergleichsweise widerstandslos übergeben – mitsamt Mitgliederlisten, Vermögen, Infrastruktur und Kassen.¹⁹ Die später gepflegte Erzählung vom »Sturm auf die Gewerkschaftshäuser« verdeckt, dass die Gewerkschaften als gesellschaftliche Organisationen mit dem 2. Mai faktisch weitgehend zerschlagen waren und große Teile ihrer organisatorischen Strukturen, Apparate und Funktionäre sich vergleichsweise bruchlos in die »nationalsozialistische« Arbeitsordnung und die Deutsche Arbeitsfront integrierten.

Der weitergehende Widerstand antifaschistischer Arbeiterinnen und Arbeiter entstand deshalb überwiegend nicht aus den alten Apparaten selbst, sondern aus illegalen, häufig parteiübergreifenden und autonom handelnden klandestinen Netzwerken von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Kommunistinnen und Kommunisten an der Basis. Gerade darin liegt die eigentliche historische Warnung: Nicht die bloße institutionelle Existenz garantiert gesellschaftliche Gegenmacht, sondern politische Konfliktfähigkeit, kollektive Handlungsbereitschaft und die Fähigkeit, sich der autoritären Formierung praktisch entgegenzustellen.²⁰

Die gegenwärtige Entwicklung macht diese historische Erfahrung nicht »vergleichbar« im mechanischen Sinn. Aber sie macht sie lesbar. Während sich die gesellschaftliche Krise weiter zuspitzt und die AfD als Vorhut eines weit verbreiteten autoritären und nationalistischen Populismus bundesweit immer weiter erstarkt, beruhigen sich Vertreter der Gewerkschaftsapparate noch immer gegenseitig mit Verweis auf Mandatsmehrheiten und institutionelle Stabilität. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Aber sie verschwindet auch nicht. Und wer autoritäre Formierung mit Mandatsarithmetik verwechselt, könnte irgendwann feststellen, dass institutionelle und organisatorische Stärke allein noch keine gesellschaftliche Relevanz bedeutet.

Kein Anlass zur Beruhigung

Die weitgehende »Entwarnung« in den DGB-Vorstandsetagen folgt einem bekannten Muster. Schon 2022 galt der ausgebliebene Durchbruch der Rechten als Zeichen der Stabilität. Es folgte der scheinbar unaufhaltbare Aufstieg der AfD – zentral getragen von der Mobilisierung bisheriger Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Heute wiederholt sich dieses Muster des hilflosen Antifaschismus²¹: kurzfristige Irritation, gefolgt von einem »Weiter so«.

Das Problem liegt nicht in der Stärke rechter Listen, sondern in den Bedingungen, unter denen sie stabilisiert werden und an Einfluss gewinnen: schwindende gewerkschaftliche Bindungskraft, wachsende Distanz zu Gewerkschaft und Betriebs-/Personalrat, begrenzte Durchsetzungsmacht. Wer die autoritäre, nationalistische Gefahr im Betrieb ausschließlich an Betriebsratsmandaten misst, verkennt die reale Dynamik. Für Gewerkschaften ergibt sich daraus eine strategische Herausforderung. Solange ihre Praxis weiter als sozialpartnerschaftliche Stellvertretung organisiert wird, bleibt sie anfällig für rechte Kritik. Und solange kollektive Handlungsfähigkeit nicht erfahrbar ist, fehlt jene Erfahrung von kollektiver Selbstwirksamkeit, die gegen autoritäre Deutungen immunisiert. Die Antwort kann nur eine andere Praxis sein: statt bürokratisierter Stellvertreterpolitik die Organisation solidarischen Handelns in den alltäglichen Zumutungen von schlechten Arbeitsbedingungen über Arbeitsverdichtung bis hin zu psychischen Belastungen und Spaltung.

Wenn die DGB-Gewerkschaften jetzt zur Tagesordnung übergehen, überlassen sie den Maschinenraum der Gesellschaft zunehmend der Reaktion, die ihn längst umzubauen begonnen hat. Gefragt ist das Gegenteil: klassenautonome Organisation von Solidarität, Selbstermächtigung und real erfahrbare Selbstwirksamkeit im Betrieb. Ansonsten droht eine alte Erkenntnis von Karl Marx erneut bittere Realität zu werden: »Alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen ereignen sich sozusagen zweimal. (...) Das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.«

Anmerkungen

1 www.gewerkschaftsforum.de/im-maschinenraum-der-reaktion-die-afd-die-arbeit-und-der-betrieb

2 <https://nieder-sachsen-anhalt.igmetall.de/Aktuelles/2026/2026-03-22-betriebsratswahlen-2026>

3 www.igmetall.de/im-betrieb/betriebsrat/betriebsratswahlen-hohe-zustimmung-fuer-ig-metall

4 www.nd-aktuell.de/artikel/1199327.mitbestimmung-ig-metall-bleibt-bei-betriebsratswahlen-im-osten-dominant.html?action=print

5 www.sozone.de/2025/07/die-afd-im-betrieb

6 https://onlinebiz.verdi-gpb.de/ilias.php?baseClass=ilrepositorygui&ref_id=15327

7 www.nd-aktuell.de/artikel/1198869.rechte-und-gewerkschaften-widerspruechlicher-alltagsverstand.html

8 www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/afd-naher-verein-zieht-erstmal-in-einen-vw-betriebsrat-ein-a-35466ef2-add6-4be8-8d51-d0db7a0b0b77

9 www.rf-news.de/2026/kw10/vorsicht-falle-angen-auf-bei-der-betriebsratswahl

10 www.nd-aktuell.de/artikel/1198225.gewerkschaften-untertuerkheim-warnt-rechter-einfluss-in-betriebsraeten-nimmt-zu.html?action=print

11 www.gewerkschaftslinke.hamburg/2018/07/19/arbeiterbewegung-von-rechts

12 www.wsi.de/fpdf/HBS-009341/p_wsi_report_110_2026.pdf

13 www.sozialismus.de/detail/artikel/wahlen-im-system-autokratischer-herrschaft

14 www.focus.de/politik/das-afd-erfolgsgeheimnis-schwimmguertel-an-fans-und-nichtwaehler_967fb205-2c4f-4519-8f90-367c755645c1.html

15 Vgl. Anm. 7

16 <https://gewerkschaftsforum.de/der-kampf-um-eine-zivil-oekologische-perspektive-des-vw-werks-osnabrueck-paradebeispiel-fuer-die-politische-oekonomie-der-kriegsvorbereitung>

17 www.evg-online.org/aktuelles/artikel/der-bittere-weg-der-gewerkschaften-zum-1-und-2-mai-1933

18 www.deutschlandfunk.de/das-ende-der-freien-gewerkschaften-nach-dem-tag-der-arbeit-100.html

19 www.gewerkschaftsgeschichte.de/1933-bis-1945-gewerkschaften-55501-die-zerschlagung-der-gewerkschaften-56610.htm

20 www.betriebundgewerkschaft.de/blog/2023/05/2-mai-1933-die-lehre-aus-dem-verbot-der-gewerkschaften-ist-die-wahrnehmung-des-politischen-mandats

21 Wolfgang Fritz Haug: Hilfloser Antifaschismus. Frankfurt am Main 1967

→

Andreas Buderus schrieb an dieser Stelle zuletzt am 31. März 2026 eine Kritik des Befreiungsnationalismus im Zeitalter imperialistischer Barbarei: »[Von der Traufe in den Regen](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/522875.tiger-oder-bettvorleger.html>